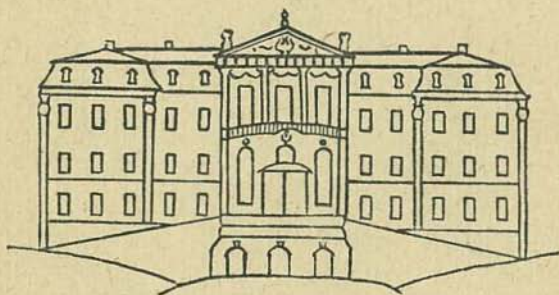


Erziehung und Bildung der Jugend
in den beiden deutschen Staaten

Von Gerhard Lange
Mitglied des Hauptvorstandes der CDU,
Stadtschulinspektor in Leipzig



Hefte aus Burgscheidungen

Erziehung und Bildung der Jugend
in den beiden deutschen Staaten

Von Gerhard Lange
Mitglied des Hauptvorstandes der CDU,
Stadtschulinspektor in Leipzig

31

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Die Erziehung und Bildung der Jugend war und ist immer ein Politikum

Jeder Staat, jede gesellschaftliche Ordnung organisiert auf Grund von Gesetzen und Verordnungen das Zusammenleben der Menschen in ihrem Bereich. Die Jugend als die Generation, die die Lösung der staatlichen Aufgaben in der Zukunft übernimmt, ist ein Teil dieser Gesellschaft, wächst in ihr auf und lebt sich in sie hinein. Die Erziehung und Bildung dieser Jugend wird wesentlich von den in der betreffenden Gesellschaft herrschenden Kreisen in ihrem Interesse beeinflusst. Die Zusammenhänge zwischen Gesellschaft, Schule und Erziehung bestimmen Form und Inhalt der Bildung und Erziehung. Eine unpolitische Schule gibt es deshalb nicht. Wir werden uns also fragen müssen, wie die Gesellschaft beschaffen ist, deren Auswirkungen in jeder Schule fühlbar sind, und ob es eine Gesellschaft ist, die der schaffenden Generation und ihrem Nachwuchs, der Jugend, ein menschliches, sicheres, schönes und friedfertiges Leben bieten kann.

Makarenko sagt (Vorträge über Kindererziehung): „Unsere Kinder müssen zu vortrefflichen Bürgern, zu guten Vätern und Müttern erzogen werden. Aber das ist noch nicht alles: Unsere Kinder sind unser Alter; ihre richtige Erziehung ist unser glückliches Alter, falsche unser künftiges Leid, unsere Tränen, unsere Schuld vor den anderen, vor dem ganzen Land.“ Gerade in unserem deutschen Volk sollte man diese Worte recht ernst nehmen.

Die Erziehung und Bildung der Jugend ist ein vielseitiger Prozeß, der sich zu einem Teil in der Schule vollzieht. Vielfältig sind die Einflüsse bereits beim Kind im Vorschulalter durch die Familie, die Straße, die gesamte Umwelt des Kindes. Auch während der Schulzeit unterliegt das Kind neben Wirkungen in der Familie und Schule vielen Einflüssen des außerschulischen Raumes, gesellschaftlicher Institutionen und willkürlich auftretender Lebensformen. Das Kind lebt sich also in die Gesellschaft hinein, die es umgibt. Die Schule ist dabei die bedeutsamste Form der organisierten Erziehung. Es hat keine Zeit gegeben, in der die Erziehung und Bildung getrennt von der gesellschaftlichen Entwicklung stattfand.

Lenin sagte in seiner Rede vor dem II. Allrussischen Kongreß der Lehrer aller Nationalitäten 1919:

„Eine dieser bürgerlichen Heucheleien ist die Ansicht, daß die Schule außerhalb der Politik stehen kann. Gerade das Bürgertum, das diesen Satz geprägt hat, machte seine bürgerliche Politik zur Leitlinie seines Schulwesens und war immer bemüht, in seinen Schulen gehorsame und getreue Lakaiken zu drillen...“

Damit ist auch schon gesagt, daß die Erziehung eine Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens ist und damit Klassencharakter hat. So erhielten im alten Sklavenhalterstaat Sparta nur Kinder der herrschenden Klasse eine Erziehung auf Staatskosten. In der Feudalgesellschaft entstanden mit dem wachsenden politischen Einfluß der Kirche die Kirchen- und Klosterschulen. Die leibeigenen Bauern blieben jedoch ohne jede Bildung. In der bürgerlichen Gesellschaft entstanden zwei Systeme von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, eines für die Kinder des Bürgertums, ein anderes für die Kinder der Werktätigen, die sogenannten Volksschulen. In den Ländern, in denen die faschistische Diktatur Fuß gefaßt hatte, stellten die Faschisten alle Erziehungseinrichtungen in den Dienst ihrer verbrecherischen, mörderischen Pläne und erzogen die Jugend zum Menschenhaß.

Erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird das gleiche Recht auf Bildung für alle Menschen, welches zwar von vielen fortschrittlichen Pädagogen schon lange gefordert wurde, verwirklicht. Die Forderungen an die Erziehung und Bildung wurden und werden also immer von der entsprechenden Gesellschaft gestellt und sind politische Forderungen. Viele Pädagogen und Wissenschaftler haben diese Tatsache schon früh erkannt. So schreibt z. B. Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher (1768—1834):

„Die Pädagogik ist eine rein mit der Ethik zusammenhängende, aus ihr abgeleitete, angewandte Wissenschaft, der Politik koordiniert.“

Die Bestrebungen und das Wirken Pestalozzis (1746—1827) entstanden aus der inneren Verpflichtung, „dem niederen Volk Helvetiens“ zu helfen. Im zweiten Teil der Fortsetzung von „Lienhard und Gertrud“ finden wir unter den Endzwecken einer weisen Staatsgesetzgebung, wie sie Pestalozzi vorschwebte, u. a. folgende:

„Sicherstellung des wirklichen Genusses bürgerlicher Rechte für die niedere Menschheit.

Befreiung des Volkes von dem Drucke der Knechtschaft, die auf dem Landeigentum ruht.

Die Möglichkeit, den Militärdienst für die Sitten, die Bevölkerung und den Wohlstand des Volkes minder schädlich zu machen.“

In dieser Zeit waren dies die demokratischen Forderungen der Mehrheit des Volkes, zu dessen Sprecher sich Pestalozzi machte. Comenius, Friedrich Wilhelm Wander, Diesterweg u. a. betonten das Politikum der Erziehung und Bildung der Menschen.

Es hat niemals eine unpolitische Schule gegeben, und es wird sie auch niemals geben, sondern die gesamte Erziehung und Bildung der Jugend ist in die jeweils bestehende Gesellschaftsordnung eingebettet. Die Schule ist immer ein Mittel der herrschenden Klasse.

Besonders in Deutschland zeichnet sich seit 1945 entsprechend der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklung in den beiden deutschen Staaten auch eine verschiedene schulpolitische Entwicklung ab. Während in der Deutschen Demokratischen Republik das humanistische Prinzip der Entwicklung der Fähigkeiten und Fertigkeiten aller Jugendlichen durchgesetzt und das Bildungsprivileg gebrochen wurde, bleibt nach wie vor die westdeutsche Schule eine Standeschule, die zwar eine gewisse Weiterentwicklung zeigt, aber den bevorrechtigten kapitalistischen Schichten stets bessere Ausbildungsmöglichkeiten bietet als den breiten Volksmassen. Auch vom Inhalt her ist die westdeutsche Schule das Mittel, die Menschen dem Kapitalismus, Imperialismus und dem sich immer stärker wieder entwickelnden Faschismus willfährig zu machen.

Obwohl man von amtlicher Seite in Westdeutschland die Schule gern zum unpolitischen Objekt stempeln möchte, gibt es genügend offizielle Erklärungen, die zeigen, welche hervorragende Bedeutung die Schule in Westdeutschland für die Ziele des Imperialismus hat. In der Broschüre „Politische Bildung in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen“, A. Heim Verlag, Retingen, heißt es:

„Politische Erziehung und Bildung wird bestimmt durch die politische Wirklichkeit, von der sie getragen wird, und durch die Ideen, denen sie dient.“

Die politische Wirklichkeit des Adenauer-Staates ist aber die NATO. Deshalb ist es auch nicht zu verwundern, daß sich Herren vom Bonner Kriegsministerium vier Tage Zeit nahmen, um in der Evangelischen Akademie in Bad Boll mit Pädagogen zu diskutieren. Kriegsminister Strauß „befürwortete dort eine längere Schulpflicht und eine vernünftige Relation zwischen Verteidigungs- und Schulausgaben“ („Die Welt“ vom 25. 5. 1959). „Die Welt“ kommentiert dazu noch: „Schule und Bundeswehr müssen zusammenstehen, um diese Haltung (das Mißvergnügen der Bürger am Staat) zu überwinden.“ Das heißt also, die NATO-Ideologie muß noch mehr in die Schule hineingetragen werden als bisher. Wahrhaft eine recht politische Ausrichtung der Schule im Sinne der NATO-Strategen! Das findet dann auch seinen Niederschlag in „Verordnungen und Empfehlungen für das ganze Gebiet der Westzonen.“ (Schulrecht Schleswig-Holstein III e III, Erg. Lfg. 12 vom 25. 4. 1957). Dort heißt es:

„A I Ortsbezeichnungen

1. Deutschland in den Grenzen vom 31. 12. 1937

- a) Bei der Bezeichnung aller Orte innerhalb der am 31. Dezember 1937 zum Deutschen Reich zählenden Gebiete sind grundsätzlich allein die hergebrachten deutschen Namen zu verwenden, auch soweit diese Gebiete gegenwärtig unter fremder Verwaltung stehen...“

Indem die westdeutschen Schulmänner die wirkliche Situation, das tragische Ende des 2. Weltkrieges einfach ignorieren, die Jahre der Nazi-Herrschaft als Ausgangspunkt der Betrachtungen nehmen, wird die Schule das politische Mittel der reaktionären Kräfte und zum Werkzeug der Atom-Strategen bei der Erziehung und Bildung der westdeutschen Jugend.

Es besteht also kein Zweifel, daß die gesamte schulische Entwicklung, die Erziehung und Bildung der Jugend in Westdeutschland der gefährlichen Politik der derzeitigen imperialistischen Regierung untergeordnet ist, eine wahrhaft politische Angelegenheit, die besonders den Erziehern und Eltern eine große Verantwortung auferlegt.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist die politische Aufgabe der Erziehung und Bildung sowohl in der Verfassung als auch in dem erst kürzlich von der Volkskammer angenommenen Schulgesetz klar dargelegt und bietet entsprechend den gesellschaftlichen und humanistischen Forderungen der sozialistischen Entwicklung allen Bürgern das gleiche Recht auf eine höchstmögliche Bildung.

Im § 3 dieses Gesetzes heißt es:

„Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und den arbeitenden Menschen und entwickelt alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle des Volkes und der Nation.“

Diese Zielsetzung spiegelt sich in den Lehrprogrammen, in den Anweisungen und Richtlinien der Arbeiter-und-Bauern-Macht wider und schließt selbstverständlich den Kampf gegen jede imperialistische und militaristische Entwicklung ein. Hier werden erstmalig in Deutschland die fortschrittlichen Ideen der führenden Pädagogen Wirklichkeit.

Die unterschiedliche Entwicklung des Schulwesens in beiden deutschen Staaten

Als 1945 das Hitler-Reich der Brutalität unter den Schlägen der Sowjetmacht und ihrer Verbündeten zusammenbrach, blieb neben den Trümmern in ganz Deutschland auch eine beispiellose geistige Verwirrung zurück. Besonders auch die Jugend, die nichts anderes als die Götzenbilder der nazistischen Unmenschlichkeit kannte, hatte keine Lebensziele mehr. Ein großer Teil suchte auf Schwarzmärkten Zuflucht, andere ver-

fielen in Lethargie. Diese Situation erstreckte sich auf ganz Deutschland. Im gesamten Lande regten sich aber auch sofort nach dem Zusammenbruch die fortschrittlichen Kräfte, besonders aus der Arbeiterklasse, mit der Zielsetzung, ein neues Leben zu entwickeln und der Jugend den Weg in eine glückliche Zukunft zu bahnen.

Die Voraussetzungen für eine humanistische Entwicklung waren auch durch das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 nach der Dreimächte-Konferenz von Berlin gegeben. In den Politischen Grundsätzen dieses Abkommens heißt es:

„7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehrer völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“

In der unmittelbaren Nachkriegssituation war in den Jahren 1945 und 1946 dieser Leitsatz für ganz Deutschland der Ausgangspunkt für die Entwicklung eines neuen demokratischen Schulwesens, und es gab auch in fast allen Ländern der damaligen Besatzungszonen Ansätze, daß fortschrittliche Pädagogen und Politiker, die bereits vor der Hitler-Zeit um Verbesserung des deutschen Schulwesens gerungen hatten, Schulprogramme in dieser Richtung entwickelten.

Es gab auch genügend deutsche Traditionen, an die man anknüpfen konnte. Fast hundert Jahre kämpften viele deutsche Lehrer bereits um den Aufbau eines einheitlichen Erziehungs- und Bildungswesens vom Kindergarten bis zur Hochschule. Bereits im Jahre 1848 fand in Eisenach die „Erste allgemeine deutsche Lehrerversammlung“ statt, an der Lehrer aller Schulgattungen von der Volksschule bis zur Hochschule teilnahmen. Dort wurde der für die damalige Zeit kühne Beschluß gefaßt:

„Die einheitlich vom Kindergarten bis zur Hochschule aufwärts gegliederte, auf gemeinsamer menschlich-volkstümlicher Grundlage beruhende deutsche Volksschule tritt als eine mit den übrigen Staatsanstalten gleichberechtigte und gleichverpflichtete in den Gesamtorganismus des Staates ein.“

Aber erst 1873 wurden mit der Schulgesetzgebung in Sachsen die langjährigen Kämpfe der Pädagogen in verschiedenen deutschen Ländern von Erfolg gekrönt, indem hier die staatliche Schulaufsicht eingeführt wurde. Trotzdem wurde durch dieses Schulgesetz die damalige, wenn auch minderwertige Volksschule zerschlagen und durch Einführung von drei Volksschularten (einfache, mittlere und höhere Volksschule) eine klassenmäßige Struktur geschaffen, die sich in verschiedenen Höhen des Schulgeldes unterschied.

Auch das im Jahre 1919 geschaffene Schulbedarfsgesetz in Sachsen stellte zwar einen großen Fortschritt für die Zukunft dar, wurde jedoch durch die bald einsetzende Reaktion wie-

der abgebaut. Die letzten fortschrittlichen, demokratischen Elemente des deutschen Schulwesens wurden in der zwölfjährigen Nazi-Herrschaft preisgegeben.

Dieser hundertjährige Kampf um die Demokratisierung des deutschen Schulwesens war ein wesentlicher Bestandteil des politischen Kampfes der Arbeiterklasse. Diese fortschrittliche Tradition und die Festlegungen im Potsdamer Abkommen von 1945 waren die Grundlage für die Weiterentwicklung des deutschen Schulwesens.

Aber schon bald nach 1945 zeigte sich, daß nur in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone entscheidende Schritte zur Verwirklichung der demokratischen Prinzipien in den Schulen unternommen wurden. Nachdem in den einzelnen Ländern der „Sowjetischen Besatzungszone“ Gesetze zur Demokratisierung der deutschen Schule beschlossen worden waren, entstand hier 1946 ein einheitliches Schulwesen vom Kindergarten bis zur Hochschule. Die besonderen Merkmale dieser Entwicklung waren:

1. Einheitlicher Aufbau des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens vom Kindergarten bis zur Hochschule. Alle Teile sind vollkommen gleichwertig.
2. Gleiches Recht auf Bildung für alle Schüler, ohne Rücksicht auf Besitz, Stand, Weltanschauung und Religion.
3. Die schulische Erziehung ist ausschließlich Angelegenheit und Aufgabe des Staates.
4. Die Jugend wird im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie zu wahrer Humanität erzogen.
5. Auf dem Land sind die gleichen Bildungsmöglichkeiten wie in der Stadt zu schaffen.

Diese Prinzipien beherrschten die gesamte Entwicklung des Schulwesens, auch als infolge der spalterischen Politik der Imperialisten nach Gründung der deutschen Bundesrepublik als Gegenmaßnahme die Deutsche Demokratische Republik entstand. Mit dem Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule und den sich daraus ergebenden Maßnahmen wurde in diesem Gebiet Deutschlands erstmalig das Bildungsprivileg bisher bevorrechtigter Schichten gebrochen und ein demokratisches Schulwesen zum Wohle des Volkes geschaffen.

Obwohl in den Westzonen nach dem 2. Weltkrieg ebenfalls die Möglichkeiten der Errichtung eines demokratischen Schulwesens bestanden, in einigen Ländern auch einige gesetzliche Formulierungen den Anschein der Neuformung erweckten, fielen die fortschrittlichen Bestrebungen bald der sich anbahnenden politischen Entwicklung zum Opfer. In keinem Lande wurde eine wesentliche Schulreform durchgeführt. Das bestehende Schulsystem wurde im wesentlichen mit geringfügigen Änderungen übernommen.

Nach der Gründung der Bundesrepublik erhielten die Länder volle Kulturautonomie zuerkannt, während im Artikel 7 des Grundgesetzes nur das Primat der staatlichen Aufsicht über das Schulwesen festgelegt ist. Sofort begann ein Ringen von Partei- und Weltanschauungsgruppen um die Wahrung ihrer Interessen.

In Südbaden z. B. bestimmte der Artikel 28 seiner Verfassung von 1947:

„Die öffentlichen Schulen sind Simultanschulen mit christlichem Charakter im überlieferten badischen Sinne“.

Obwohl in der Simultanschule die Schüler aller Bekenntnisse gemeinsam unterrichtet werden sollten, war in dieser Formulierung gerade die Grundlage gelegt, doch noch zu Konfessionsschulen zu kommen. Das führte später zur immer größeren Zersplitterung des Schulwesens und hemmte die Entstehung eines einheitlichen Schulwesens.

Das erste Gesetz zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952, auch gern als „Modellgesetz“ bezeichnet, stellt den Auftakt der reaktionären Bewegung auf schulpolitischem Gebiet dar. Dieses Gesetz bringt durch die konfessionelle Aufgliederung die Zerschlagung vieler vollausgebauter Schulen und führt zur Minderung des Leistungsstandes der Volksschule. Im § 2 (4) dieses Gesetzes heißt es:

„Das Schulwesen ist in organischer Einheit und Wechselwirkung so zu gliedern, daß die verschiedenen Begabungsrichtungen die Möglichkeit einer Entfaltung erhalten und die Mannigfaltigkeit der Lebens- und Berufsaufgaben Berücksichtigung findet.“

Die Zersplitterung des Schulwesens und die Auslegung der entsprechenden Paragraphen für die führenden Schichten in Westdeutschland schränkten von vornherein die gleiche Bildung und Erziehung für alle Schüler ein und führten zur „Begabtenauslese“, d. h., zu besonderen Möglichkeiten für die begüterten Schichten. Damit war in Westdeutschland das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse endgültig gesichert.

Im Bundesland Baden-Württemberg betrug das Schulgeld für die sogenannte „höhere Schule“ bis zu 200 DM im Jahr, und eine Reihe Eltern, besonders Arbeiter, verzichteten aus rein wirtschaftlichen Gründen von vornherein auf die Anmeldung ihrer Kinder für diese Schulen.

Um dem sich anbahnenden „Schulchaos“ angeblich entgegenzutreten, traten am 17. Februar 1955 die Ministerpräsidenten zahlreicher westdeutscher Länder zusammen und beschloßen „das Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens“. Mit diesem Abkommen wurden aber nur wenige einheitliche for-

melle Beschlüsse, wie einheitlicher Schulanfang, einheitliche Zeitdauer der Ferien usw., festgelegt, in Wirklichkeit wurden die reaktionären Kräfte gestützt. Da dieses Abkommen nach § 19 auf zehn Jahre unkündbar ist, wurden alle schulreformerischen Bestrebungen breiter Kreise der Lehrerschaft unterbunden, und es bietet dem Bonner Staat die Möglichkeit, seine Pläne zur Wiederaufrüstung und Errichtung der Bundeswehr durchzuführen.

In derselben Richtung liegt die Empfehlung des (West-) Deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen vom 3. Dezember 1954 „Zu Fragen des Privatschulwesens“. Hier wird der Errichtung von Privatschulen zugestimmt, die in „eigner“ pädagogischer Führung ihre Aufgaben nur in „Freiheit“ erfüllen könnten. Diese Empfehlung bildete die Grundlage für Anordnungen der einzelnen Länder zur Förderung des Privatschulwesens. Den Privatschulen wurde das Recht eingeräumt, „ihre Schüler frei und selbstverantwortlich auszuwählen“.

Aus dem Verzeichnis der Internate im Lande Nordrhein-Westfalen vom 1. Januar 1958 (Höhere Schulen) seien nur wenige Beispiele herausgegriffen:

Waldschulheim Breuer, Aachen, neusprachliches Knabengymnasium, Pensionspreis 270 DM,

Pädagogium Godesberg — Familieninternat — Erziehungskosten je Schuljahresdrittel 1400 DM,

Landschulheim Schloß Hamborn, Pensionspreis 250 bis 300 DM.

Diese Beispiele sollen genügen, um zu erkennen, welche Schüler solche Internate, deren es z. B. in Hessen 33 gibt, nur besuchen können, denn es sind nur bestimmte Kreise, die monatlich eine solch hohe Summe für den Schulbesuch ihres Kindes aufbringen können. So sieht das gleiche Recht auf Bildung auch heute noch aus.

Bei der Zersplitterung des westdeutschen Schulwesens spielt die Konfessionalisierung der Schule eine wesentliche Rolle. Überdies unterliegen gerade die konfessionellen Schulen im starken Maße dem Einfluß der Politik der Adenauer-CDU/CSU. Von den 33 staatlich anerkannten Privatschulen des Landes Hessen sind 19 katholische Ordens- oder Bekenntnisschulen, 3 evangelische Bekenntnisschulen, 6 Privatschulen des sogenannten Elternvereins und 5 freie Walddorfschulen.

Der politische Katholizismus spielt an den Bekenntnisschulen, besonders den katholischen — über ein Drittel aller Volksschulen in Westdeutschland sind katholische Bekenntnisschulen —, eine wichtige Rolle.

Die Aufsplitterung des Schulwesens durch Bekenntnisschulen und konfessionelle Privatschulen gehört zum Programm der reaktionären Bestrebungen im Adenauerstaat, und es ist nicht verwunderlich, daß die revanchistisch-mili-

taristische Verhetzung der Jugend gerade auch von hier aus begonnen hat. Der politische Klerikalismus bemüht sich um die ideologische Rechtfertigung der reaktionären Ziele und Maßnahmen des westdeutschen Militarismus. Er möchte das gesamte Schulwesen in Westdeutschland beherrschen. In einem Brief von Papst Pius XII. an die deutschen Bischöfe vom 8. Januar 1947 heißt es:

„Die Schule erfüllt erst dann die gestellten unerläßlichen Bedingungen, wenn der ganze Unterricht, die ganze Schulordnung, die Lehrer, Lehrpläne und Schulbücher, überhaupt der ganze Schulbetrieb unter der Leitung und unter der mütterlichen Aufsicht der Kirche stehen und vom Christentum ganz erfüllt und beherrscht sind.“ (Grundsätze katholischer Schulpolitik.)

Besonders auf dem Dorfe ringt die katholische Kirche zäh um die Erhaltung der ungeteilten Konfessionsschule; sie steht aber dabei oft im Gegensatz zu zahlreichen Eltern, wie in Hessen, wo bei einer Befragung sich nur 10 % der Eltern für die Konfessionsschule entschieden, dagegen 81 % für die Gemeinschaftsschule aussprachen. Trotzdem gibt es genügend konfessionell gemischte Dörfer in Westdeutschland, in denen zwei verschiedene, meist nicht oder nur wenig gegliederte Schulen nebeneinander bestehen.

Diese Einflüsse des politischen Klerikalismus senken das Bildungsniveau und geben genügend Raum zur inhaltlichen Durchsetzung des westdeutschen Schulwesens mit militaristischen und chauvinistischen Ideen.

Die auf den vorstehenden Seiten geschilderte Entwicklung führte im Laufe der Jahre zu folgender Situation:

1. Die Zersplitterung des westdeutschen Schulwesens zerschlug alle fortschrittlichen Bestrebungen und unterband jede demokratische Schulreform.
2. Es bestanden genügend Möglichkeiten, das Auswahlprinzip für die begüterten Schichten anzuwenden, so daß die Bildungsmöglichkeiten für die Arbeiter und Werktätigen im wesentlichen beschränkt blieben. Gleiche Bildung und Erziehung für alle wurde nicht verwirklicht.
3. Schulsystem und Gesetze ließen Tür und Tor offen für den Einzug kapitalistischer, militaristischer und chauvinistischer Ideen in den Inhalt der westdeutschen Schule.

Schon in den Grundsätzen zur politischen Bildung an den Schulen vom 15. Juni 1950, empfohlen durch die Kultusminister der Länder, gab der § 2, der die politische Bildung in allen Fächern, besonders in Geschichte, forderte, genügend Raum für die Durchdringung des Stoffes mit der imperialistischen Ideologie. In dem schon genannten Gesetz zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952 heißt es:

§ 1 (3) „Die Schule hat die Aufgabe, die Jugend auf der Grundlage des abendländischen Kulturgutes und des deutschen Bildungswertes zu der wissenschaftlichen und sozialen Wirklichkeit sittlich, geistig und körperlich zu bilden und ihr das für das Leben und die Arbeit erforderliche Wissen und Können zu vermitteln.

(4) In allen Schulen ist Staatsbürgerkunde der Gegenstand und staatsbürgerliche Erziehung die verpflichtende Aufgabe...“

Wie diese gesetzlichen Bestimmungen zugunsten des kapitalistischen Systems ausgenutzt worden sind, zeigen Inhalt und Ergebnisse der Bildung und Erziehung, Inhalt vieler Lehrbücher usw., worüber später noch gesprochen werden soll. Besondere Bedeutung erhielten diese Paragraphen mit dem wachsenden politischen Einfluß der Adenauer-Regierung und ihrer faschistischen Hintermänner bei der allmählichen Durchsetzung der sogenannten „Ostkunde“, über deren Durchführung es eine Reihe Erlasse und Anordnungen der Kultusminister gibt. Diese Gesetze und Erlasse sind inhaltlich genau der Zielstellung der Bonner „Ostexperten“ untergeordnet und dienen der Verhetzung der westdeutschen Jugend im Dienste des deutschen Imperialismus.

In Schleswig-Holstein erhält der Schulrat sogar einen „Obmann“ für den Unterricht „ostdeutscher Raum“, und die sogenannten „ostdeutschen Tage“ dienen dazu, die vom Bonner Staat als „Flüchtlinge“ oder „Heimatvertriebene“ bezeichneten Menschen irrezuführen, es ihnen schwer zu machen, sich eine neue Heimat zu schaffen und sich als gleichberechtigte Bürger zu fühlen. Diese Methode hat das Bestreben, auch diese Menschen für die verbrecherischen Pläne der Bonner Militaristen zu mißbrauchen.

So ordnet sich das gesamte Schulwesen immer mehr der „NATO-Politik“ unter, und es ist keine Zufälligkeit, daß der NATO-Kriegsminister Strauß nun die Beziehungen zwischen der schulischen Erziehung und der Bundeswehr immer enger knüpft und sich auch nicht mehr scheut, diese Zusammenhänge offiziell vor Pädagogen darzulegen.

So wurde in der Entwicklung der westdeutschen Schule der Weg bereitet für den Einfluß faschistischer Elemente, die die Jugend durch geeignete Erziehung und Bildung für einen neuen Krieg vorbereitet haben möchten.

Deshalb ist es um so verständlicher, daß der Inhalt der Erziehung und Bildung der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik und ihre gesamte Schulgesetzgebung ein wesentliches Mittel im Kampf gegen die Feinde des deutschen Volkes sind und auch den fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland den Ausweg aus der Sackgasse der imperialistischen Entwicklung zeigen.

Die materielle Lage der Schulen in beiden deutschen Staaten

Die unterschiedliche Entwicklung des Schulwesens in beiden deutschen Staaten zeigt sich auch in der materiellen Unterstützung durch die Regierungen. Während in Westdeutschland durch erheblichen Aufwand für die Aufrüstung dem schulischen und kulturellen Leben die Mittel entzogen werden, nehmen die Mittel für die Volksbildung im Haushaltplan der DDR einen beträchtlichen Raum ein und erhöhen sich von Jahr zu Jahr. So hat sich z. B. in der DDR die Summe für Volksbildung bei absinkender Schülerzahl von 1 250 Millionen DM im Jahre 1952 auf 1 560 Millionen DM im Jahre 1957 erhöht. Für die allgemeinbildenden Schulen wurden ausgegeben:

1952: 724,3 Millionen DM — 1958: 992,2 Millionen DM.

Die jährliche Steigerung der Ausgaben läßt sich am besten an den Aufwendungen pro Schüler ermesen. Das waren:

im Jahr:	für 10-Klassen-Oberschüler pro Kopf DM	für 12-Klassen-Oberschüler pro Kopf DM
1948	110,—	816,—
1954/55	342,—	1 028,—
1956/57	419,—	1 103,—
1957/58	465,—	1 097,—

Westdeutschland gibt heute etwa 380 DM je Volksschüler, für den Oberschüler 1957 720 DM aus. (Hans Heckel, Zahlen des Schulwesens und seine Kosten in der Bundesrepublik, Köln, 1958).

Neben der Schulgeldfreiheit werden in der DDR erhebliche Unterhaltsbeihilfen gewährt. Die Summe stieg von Jahr zu Jahr. Es waren

1947/48	1,8 Millionen DM
1951/52	20,0 Millionen DM
1957/58	37,6 Millionen DM
1958/59	über 40,0 Millionen DM

Dabei ist zu beachten, daß diese Unterstützungen besonders den Kindern der Arbeiter und Werktätigen zugute kommen, die damit die Möglichkeit einer hohen Schulbildung erhielten. Dazu stehen in unserer Republik noch etwa 19 000 Internatsplätze für Oberschüler zur Verfügung.

Diese Zahlenbeispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß schon die materielle Unterstützung die Volksbildung in der DDR derjenigen von Westdeutschland überlegen sein läßt.

Das zeigt sich aber noch mehr, wenn man die Entwicklung des Schulbesuchs bis zum Hochschulstudium betrachtet. In Westdeutschland besuchen etwa 25 % aller Schüler die „höhe-

ren Schulen“, in der DDR treten 1960 etwa 80 % aller Schüler in die 9. Klassen der Oberschulen und erweiterten Oberschulen ein. Im Zuge der sozialistischen Umgestaltung des Schulwesens werden im Jahre 1964 alle Kinder eine Oberschule besuchen.

Im Hochschulwesen kamen in	
Westdeutschland auf 10 000 Einwohner	25 Studenten,
in der DDR auf 10 000 Einwohner	50 Studenten.

In Westdeutschland erhalten 19 % der Studenten geringfügige Stipendien, in der DDR erhalten 94 % der Studenten weit höhere Stipendien. Diese unterschiedliche Unterstützung führte auch dazu, daß in Westdeutschland die Zahl der studierenden Arbeiter- und Bauernkinder zwischen 3 bis 10 %, in der DDR aber bei etwa 58 % liegt.

Besonders deutlich wird die schulische Entwicklung, wenn man die Zahl der einklassigen Schulen vergleicht, die vor allem auf dem Lande eine fortschrittliche Gestaltung des Schulwesens hemmen.

1956 waren	
in der Bundesrepublik	16,0 % der Schulen 1—2klassig, 47,7 % 8- und mehrklassig;
in Rheinland-Pfalz	33,0 % 1—2klassig, 30,4 % 8- und mehrklassig;
in Bayern	20,1 % 1—2klassig, 37,4 % 8- und mehrklassig.

In Bayern wuchs die Zahl der ungeteilten Landschulen von 1948/49 von 779 (12 %) auf 1957/58 2 134 (33 %) Schulen an. Hier zeigt sich deutlich die vorher geschilderte schulpolitische Entwicklung der Zersplitterung des westdeutschen Schulwesens.

In der DDR sank dagegen die Zahl der einklassigen Schulen von 1 407 (1949) auf 12 (1959), das heißt, in dieser Zeit wurden 99,1 % dieser rückständigen Schulen beseitigt. Heute ist durch ein weites Netz von Zentralschulen (1958: 1 776) auf dem Lande die gleiche Bildungsmöglichkeit wie in der Stadt gesichert. Damit sind alle Voraussetzungen für gleiche Bildungs- und Erziehungsmöglichkeiten für alle Kinder im Staat entsprechend der Verfassung der DDR geschaffen worden.

In Westdeutschland ist einem großen Teil der Kinder aus wenig begüterten Schichten der Zugang zur höheren Bildung verschlossen. Die herrschende Klasse sicherte sich aber das Privileg der höheren Bildung für ihre Kinder, zum Teil auch durch die Bildung von teuren Privatschulen. So sind z. B. 9 % der Mittelschulen, 13 % der Höheren Schulen, 32,1 % der berufsbildenden Schulen, 22,8 % der Fachschulen solche Privatschulen. In Bayern steigt ebenso wie in Rheinland-Pfalz der Anteil der Privatschulen bei den Mittelschulen bis 50 %, bei den berufsbildenden Schulen bis 66 %.

Diese Gegenüberstellungen mögen genügen, um zu beweisen, daß das westdeutsche Schulwesen auch durch die materielle Entwicklung als bürgerliche Standesschule immer weiter ausgebaut wurde, die der herrschenden imperialistischen Klasse alle Möglichkeiten der Beeinflussung im NATO-Sinn in die Hand gibt, während in der DDR sich eine wahre demokratische „Volksschule“ entwickelte, die jedem Jugendlichen die Möglichkeit gibt, sich entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten weiterzubilden — zu seinem eigenen Wohle und zum Segen des gesamten Volkes.

Inhalt der Lehrprogramme

Wenn also, wie nachgewiesen wurde, die Schule ein Politikum ist, so wirkt sich das selbstverständlich nicht nur auf ihre Organisationsformen und das Schulsystem aus, sondern die Gesellschaftsordnung bestimmt im wesentlichen auch Inhalt und Ziel des Erziehungs- und Bildungsprogramms. In Deutschland wird immer deutlicher sichtbar, daß die großen Unterschiede, die zwischen der westdeutschen Schule und dem Schulwesen in der DDR bestehen, eben dem Unterschied der beiden Gesellschaftsformen und den Interessen der im Staat Herrschenden entsprechen. Die Überlegenheit des sozialistischen Schulsystems wird auch in den kapitalistischen Staaten nicht mehr geleugnet, sondern ist schon oft unterstrichen worden.

Ernst-Wolf Mommsen, Vorstandsmitglied der Phönix-Rhein-Ruhr-AG, sagte auf einer Arbeitstagung der (west-)deutschen Volkswirtschaftsgesellschaft (Dokumentation zu „Erziehung entscheidet unser Schicksal“ 3/58 T I, S. 60):

„Dem technischen Missionar des Ostens steht in gar nicht allzu langer Zeit, vielleicht noch im Verhältnis 10:1, ein reiner Fachwissenschaftler des Westens gegenüber, der weder sprachlich noch in anderen Dingen seinen östlichen Kollegen in den umstrittenen Gebieten gewachsen ist. Während im Osten die Frage des Wissens und Könnens zur höchsten Staatsaufgabe geworden ist, stehen wir noch auf dem Boden der Bildungsideale des 19. Jahrhunderts und verlieren damit Generationen von Nachwuchskräften, die morgen zur großen Entscheidung um den Bestand der westlichen Welt aktiv handelnd benötigt werden.“

Der Referent Weiß auf dem Pflingstkongreß 1958 der Lehrer und Erzieher in München hob den Unterschied zwischen den USA und der Sowjetunion plastisch wie folgt hervor:

„Ein erfolgreicher Gelehrter (in der Sowjetunion) hat ein Ansehen wie ein siegreicher General, wie in Amerika ein Millionär, ein Olympiasieger oder ein Hollywood-Star.“

Mit diesen beiden Zitaten ist genügend charakterisiert, welche Bedeutung die Bildung und Erziehung der Menschen in dem sozialistischen System gegenüber dem kapitalistischen

hat. Selbstverständlich spricht aus diesen Worten auch die Sorge kapitalistischer Kreise, die aus dieser Tatsache sehr gern „eine Bedrohung des Westens durch den Osten“ konstruieren, daß die Überlegenheit der Erziehung und Bildung in den sozialistischen Staaten sich auf die Forderungen fortschrittlicher Arbeiter und Pädagogen zu ihren Ungunsten auswirken könnte.

Die Realität ist, daß dort, wo die Arbeiter und Bauern herrschen, alles getan wird, um jedem Menschen ein höchstmögliches Maß an Bildung zu geben. Selbstverständlich führen die Maßnahmen der Regierungen in den sozialistischen Staaten und die Erweiterung der Erkenntnisse der Menschen dazu, daß sich bei breiten Massen der Bevölkerung der Drang zum Lernen sehr stark entwickelt, und es ist nicht unbegründet, wenn ein westdeutscher Pädagoge auf der Osteragung deutscher Pädagogen in Eisenach von der „Armee der Lernenden“ im Osten sprach.

Diese enormen Anstrengungen, die sich zur Qualifizierung der Werktätigen in den sozialistischen Staaten entwickeln, sind aber die Voraussetzungen für die Erfüllung der großen Aufgaben in den friedlichen Plänen dieser Länder. In allen Gesetzen, Verordnungen und Erlassen der Regierungen der sozialistischen Staaten, die das Bildungs- und Erziehungswesen betreffen, wird deshalb die Weiterentwicklung aller Menschen zum Wohle des einzelnen und der gesamten Gesellschaft gefördert. Auch der Inhalt des Erziehungs- und Bildungsprogrammes ist diesen hohen moralischen Prinzipien untergeordnet. Im Schulgesetz, welches von der Volkskammer der DDR am 2. Dezember 1959 verabschiedet wurde, heißt es:

„Bildung und Erziehung in der sozialistischen Schule sind eng mit der produktiven Arbeit und der Praxis des sozialistischen Aufbaus zu verbinden. Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und entwickelt alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle des Volkes und der Nation.“

Diesem Erziehungs- und Bildungsziel sind auch alle inhaltlichen Forderungen des neuen Lehrplanes untergeordnet.

Wenn in der DDR der Inhalt des Erziehungs- und Bildungsprogrammes von den Interessen der Arbeiter und Werktätigen bestimmt wird, so ist es in Westdeutschland die Politik des Bonner Staates, die imperialistische, antihumanistische Gedanken in die Schule hineinträgt. Dabei muß festgestellt werden, daß dies nicht offen zugegeben wird. Die Gedanken der NATO-Politiker finden wir dann wieder in den Richt-

linien für die politische Erziehung und Bildung, die in vielen westdeutschen Ländern erlassen wurden und die vom „Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen“ für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik sanktioniert wurden. Wenn in diesen Empfehlungen des Ausschusses — wie bereits zitiert — festgelegt wird, daß die politische Bildung und Erziehung durch die politische Wirklichkeit und durch die Ideen, denen sie dient, bestimmt wird, so ist damit der gesamte kapitalistisch-imperialistische Inhalt festgelegt. Mit Fragen der Bildung und Erziehung der Jugend beschäftigt sich z. B. auch die „Deutsche Volkswirtschaftliche Gesellschaft“, die sich als politisch neutral bezeichnet, bei deren Tagungen aber viele einflußreiche Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft, z. B. von Mannesmann AG, Friedrich Krupp, August-Thyssen-Hütte AG, Esso AG, Hüttenwerk Rheinhausen AG und andere, im Vorstand bestimmd mitwirken. Die führenden Monopolverbände von Rhein und Ruhr nehmen also die politischen und ökonomischen Interessen ihrer Klasse unmittelbar wahr.

Über die gesamte Infiltration kapitalistischer Ideen wird dann, ebenso wie in der „großen“ Politik, das Deckmäntelchen der Sozialisierung geworfen. Unter dem Begriff „staatsbürgerliche Erziehung“ werden dann besonders Grundworte wie „Kooperation — Gruppenerziehung — Partnerschaft — Mitbürgerliche Erziehung“ gebraucht, die von dem eigentlichen politischen Ziel der Imperialisten ablenken sollen. Damit sich in den Schulen keine wahrhaft demokratischen Auffassungen breit machen können, enthalten die Empfehlungen des (west-) „deutschen Ausschusses für Bildung und Erziehung“ in dem Gutachten zur Politischen Erziehung und Bildung im Abs. III gleich die Einschränkung:

„Die bereits gelegentlich in Erscheinung tretende Gestalt des Schülermanagers und quasiparlamentarische oder quasiparteiliche Zusammenschlüsse in Schüler selbstverwaltungsorganisationen, die über die einzelne Schule hinausgehen und auf Lehrerschaft, Schulleitung und Ministerien Druck auszuüben suchen, deuten auf eine Fehlentwicklung...“

Die „Demokratie“ soll also schon auf der Ebene der kapitalistischen Interessen beschränkt bleiben.

Die Lüge von der „sozialen Partnerschaft“ enthüllt sich auch in den Anleitungen der Lehrer, wie sie z. B. im „Wegweiser für die Lehrerfortbildung“ (herausgegeben vom Kultusministerium Schleswig-Holstein) enthalten sind. Im Stoffkanon unter Punkt 1 „Von der Arbeitsordnung der Nation“ heißt es:

„Verdienst und Lebensweise der Arbeiterschaft und der sogenannten bürgerlichen Berufe haben sich weitgehend angeglichen. Arbeitslose gab und gibt es in jedem Staat; sie müssen von den Verdienenden durchgehalten werden...“

„Der ideale Betrieb ist eine Partnerschaft von Unternehmer und Arbeiter; beide sind gleichermaßen am Erfolg des Unternehmens interessiert. Mitbestimmung und Beteiligung.“

Zur Entwicklung in den sozialistischen Staaten wird auf Seite 38/39 folgende Feststellung getroffen:

„Niemand kann beweisen, daß diese marxistische Idee besser ist und mehr Erfolg haben wird als andere, lebensfreundlichere, geistigere Ideen vom Sinne der Welt, die wir in der westlichen Welt hochhalten. Die Voraussagen von Marx haben sich bisher alle als falsch erwiesen.“

So wird also die westdeutsche Lehrerschaft orientiert, und mit diesen Methoden soll die Bildung des Klassenbewußtseins der Arbeiterkinder erschwert und damit der Weg für die imperialistischen Ziele geebnet werden. Ein solcher Geist soll nach den Empfehlungen der Kultusminister der Länder vom 15. Juni 1950 in alle Schulen getragen werden, besonders in den Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde, Staatsbürgerkunde, Sozialkunde, Bürgerkunde oder wie sie sonst in den verschiedenen Ländern genannt werden.

Daran ändern auch zahlreiche Artikel nichts, die sich mit dem sogenannten „unpolitischen“ Schulunterricht befassen. In der „Schulwarte“, Heft 11, 1956, empfiehlt z. B. Wolfgang Seitzer in dem Artikel: „Gemeinschaftskunde — unpolitisch“ die Behandlung folgender Stoffe: „Sparen — Einkaufen — Versicherung — Teilzahlung — Wirtschaft — Kapital usw.“ Er „vergisst“ aber gerade, wie hochpolitisch diese Themen unter dem Blickpunkt des kapitalistischen Systems sind.

Besonders im Geschichtsunterricht soll die politische Bildung betont werden. So finden wir in den Richtlinien für die Politische Bildung und Erziehung an den Höheren Schulen in Nordrhein-Westfalen solche Themen wie:

Untersekunda: Die antiken Staatsformen im Vergleich mit modernen Staatsformen (insbesondere Bundesrepublik und SBZ)

Obersekunda: Weltreichsideen, zwischen- und überstaatliche Ordnungen

Oberprima: Der Sozialismus: Ursprung und Erscheinungsformen bis heute.

Theorie und Praxis des Bolschewismus

Wie die Behandlung solcher Themen in der westdeutschen Schule aussehen soll, beweist die Empfehlung des (west-) Deutschen Ausschusses für Erziehung und Bildung, in der es heißt:

„Der Geschichtsunterricht dient der politischen Bildung, indem er den geschichtlichen Horizont des eigenen politischen Standortes aufhellt.“

Der eigene politische Standort der westdeutschen Schule ist aber der Bonner NATO-Staat, der im Dienste des Imperialismus durch Refaschisierung die geschichtlichen Tatsachen

verfälscht und in den Schulen die Wahrheit verheimlicht. So wird die Darstellung der Geschichte der deutschen Vergangenheit von 1914 bis zur Gegenwart immer mehr gekürzt. Dr. Berthold, Berlin, stellte bei einer Analyse der letzten Auflage des westdeutschen Geschichtsbuches „Der Mensch im Wandel der Zeiten“ von Bauer und Müller fest:

„Der Reichstagsbrand wird nicht mehr erwähnt, die Widerstandsbewegung gegen den Faschismus ganz unterschlagen und das grauenvolle Verbrechen der Judenverfolgung mit wenigen Zeilen abgetan. Kein Wort lesen die Schüler über die Konzentrationslager der Hitler-Faschisten... Über den verbrecherischen amerikanischen Bombenabwurf auf Hiroshima gibt es keine Zeile. Von einer Erziehung zum Abscheu vor dem imperialistischen Krieg ist nichts mehr zu spüren. Dafür wird der Auszug deutscher Truppen in das Massengrab des ersten Weltkrieges bildlich glorifiziert.“

Die wahren historischen Vorgänge werden den Schülern also nicht vermittelt, und diese bleiben unwissend. Wenn man dann die Texte einiger Geschichtsbücher noch hinzunimmt, wird bei den Jugendlichen durch ein verworrenes, falsches Geschichtsbild die Voraussetzung für den Dienst in der Bundeswehr geschaffen. So heißt es z. B. im Lehrbuch „Lebendige Vergangenheit“, Teil III (Dümmlers Verlag, Bonn):

„Zur Unterstützung seiner außenpolitischen Ziele schuf Hitler eine starke deutsche Wehrmacht auf der Grundlage der Politik vollendeter Tatsachen.“

Im Geschichtsbuch „Damals und Heute“ (Ernst-Klett-Verlag, Stuttgart) heißt es:

„Als Hitler die Regierung übernahm, hatte Deutschland fast 7 Millionen Arbeitslose. Er mußte für Arbeit und Brot sorgen. Tausende beschäftigte er beim Bau der Autobahnen. Die Unternehmer erhielten Zuschüsse, wenn sie Arbeiter einstellten und Wohnungen bauten.“

Die Schüler, die diese Zeiten nicht persönlich kennenlernten, kommen auf solche Weise zu der Ansicht: „Es war ja gar nicht so schlimm“, und wenn man das liest, könnte man ja auch meinen, diese mit unsagbarem Elend behaftete Zeit sei sogar „köstlich“ gewesen.

Wenn diese Formulierungen im „harmlosen“ Mäntelchen die Wahrheit verschleiern, so gibt es natürlich auch schon recht aggressive faschistische Formulierungen, wie z. B. im Lehrbuch „Lebendige Vergangenheit“ (Ernst-Klett-Verlag, Stuttgart) Band V, verfaßt von Nazi-Schulrat Fritz Simonsen. Dort wird kommentarlos die Äußerung des französischen Botschafters François-Poincet zitiert:

„Mit welchen Gefühlen 1933 die Machtübernahme durch jenen Mann mit der eisernen Faust aufgenommen wurde, einen Mann, der so tapfer den Roten die Stirn bietet und sich anheischig macht, im Innern Ordnung und Arbeit, nach außen Macht und Größe des Reiches wiederherzustellen...“

Hier kommt so richtig der ehemals „großdeutsche Geist“ der hitlerischen Epoche zum Ausdruck, und bis zum fanatischen Kriegsgeschrei und Aufruf zum Kampf gegen den „Bolschewismus“ ist nicht mehr weit. Hier finden wir auch die Beziehungen zu den vorher genannten Geschichtsthemen. In welchem Zeichen die Weltreichsideen abgehandelt werden sollen, ist klar, und der Europagedanke, der oft wiederkehrt, tut sein übriges, um die Grundlage für die Lebensraumtheorie zu legen.

Auch der Einfluß des politischen Klerikalismus unterstützt diese politische Infiltration im westdeutschen Schulwesen. Im Auftrage des Kapitals, mit dem der politische Klerikalismus stark verschwägert ist, werden den Kindern die wahren geschichtlichen Verhältnisse verschleiert. Dabei spielt auch der Religionsunterricht seine ihm zugeordnete Rolle. In dem Gutachten des (west-) „Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen“ heißt es:

„Im Religionsunterricht kann der Lehrer an den Deutungen und Weisungen nicht vorübergehen, welche der christliche Glaube positiv und kritisch zur menschlichen Existenz in der Gesellschaft und im Staat zu geben hat.“

Daß dies zugunsten der kapitalistischen Gesellschaft auszuwirken ist, zeigt der Inhalt z. B. der katholischen Religionslehrbücher. Dort ist an dem Elend der Arbeiter keinesfalls die kapitalistische Ordnung schuld, sondern es heißt z. B. in Johannes Ernst, „Christ und Mensch“:

„Wie diese Maschinen immer mehr verbessert und zahlreicher wurden, sind sie zu Konkurrenten des arbeitenden Menschen geworden. Sie haben ihn teilweise von der Arbeitsstätte verdrängt oder ihn gezwungen, so billig zu arbeiten, daß er mit seinem Lohn kaum mehr das Lebensnotwendige kaufen konnte.“

So trägt auch der Religionsunterricht dazu bei, falsche Vorstellungen beim Kind zu erzeugen und es zum willfährigen Sklaven des Kapitalismus zu machen. Es bleibt dem Menschen dann schließlich noch der Trost, daß nun alles einmal sein Schicksal sei und er sich ihm fügen müsse. Diese Stimmung braucht die Bonner Regierung zur Durchsetzung ihrer militaristischen Pläne.

Die im politischen und Geschichtsunterricht bei der Jugend entwickelten chauvinistischen Gefühle werden durch den sogenannten „Ostkundeunterricht“ noch bestärkt. Es gibt genügend amtliche Dokumente der Bonner Regierung oder auch der Kultusminister der Länder, die besagen, daß der Ostkunde-Unterricht oder das ostkundliche Prinzip in allen Fächern ein Mittel ist, die Jugend damit vertraut zu machen, daß die Bundesrepublik das „Recht“ hat, die DDR zu ignorieren, ihre Gebietsansprüche auf Gebiete jenseits der Oder und Neiße anzumelden und, wenn es sein muß, diese Ge-

biete mit Gewalt wiederzuerobern. Dabei ist natürlich die Verheimlichung der wahren Ursachen des Verlustes dieses Gebietes im 2. Weltkrieg sehr von Nutzen.

In einem Runderlaß des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen vom 5. August 1955 heißt es:

„Der Herr Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen weist mit Recht darauf hin, daß der deutschen Öffentlichkeit immer bewußt bleiben muß, daß nicht die sowjetische Besatzungszone der Osten Deutschlands ist. Spricht man von ‚Ostzone‘ oder von den ‚Deutschen Ostgebieten‘, so kann nicht Mitteldeutschland, sondern nur das deutsche Land jenseits der Oder-Neiße darunter verstanden werden.“

Im Erlaß des Kultusministers in Niedersachsen vom 5. Februar 1952 heißt es:

„Durch die Abtrennung des deutschen Ostens und das Schicksal der Vertriebenen ist es notwendig geworden, die deutschen Ostgebiete weit mehr als in der früheren Zeit ihres gesicherten Besitzes im Unterricht zu berücksichtigen... Der Unterricht im Deutschen, in Religion, Philosophie, Geschichte und Erdkunde bieten reiche Gelegenheit, die Eigenart der Landschaft, der Menschen und der Kultur des deutschen Ostens den Schülern nahezubringen. Elternabende und Feste der Schule, bei denen ostdeutsches Lied und Spiel und ostdeutsche Bräuche neben denen der Heimat stehen, sollen die Unterrichtsarbeit ergänzen. Dieselben Gesichtspunkte gelten bei der Beschaffung von Büchern für die Lehrer- und Schülerbüchereien sowie von Ganzschriften als Klassenlesestoff.“

Auch im Religionsunterricht wird der „Ostkunde“ ein erheblicher Platz eingeräumt. So heißt es in den „Grundsätzen für die Behandlung des deutschen Ostens im Unterricht“:

„Im Religionsunterricht ist der Unterschied zwischen der abendländischen und asiatischen Menschenwertung als tiefste Ursache für das Verbrechen der Heimatvertreibungen und zugleich als entscheidende Begründung für die Bildung einer westlichen Solidarität zu erarbeiten.“

„Die Vertriebenen sind nicht Opfer, sondern Kämpfer einer neuen Ordnung!“

Unter Verdrehung der Tatsache, daß die Umsiedlung in Potsdam von allen vier Großmächten beschlossen wurde, soll hier der Sowjetunion die „Schuld“ zugeschoben werden und bei den Kindern ein Haß gegen den „Osten“ erzogen werden. So wird der vom politischen Klerikalismus propagierte „Kreuzzug gegen den Osten“ schon den Kindern im Religionsunterricht nahegebracht. Damit wird die Religion mißbraucht, um, wie es heißt, „eine neue Ordnung in Ostmitteleuropa aufzurichten“. Das bedeutet Mithilfe an der geplanten Aggression der deutschen Imperialisten gegen die DDR und die sozialistischen Völker.

So ist es möglich, im Zusammenhang mit den falschen geschichtlichen Darstellungen über die „abendländische“ Mission im Osten in Vergangenheit und Gegenwart das Gefühl der

Umsiedler und deren Kinder im chauvinistischen Sinn zu beeinflussen, anstatt sie in die neue Heimat einzugliedern. Damit wird ein Haß gegen die slawischen Völker und das sozialistische Lager erzeugt, der wiederum den Kriegstreibern bei ihren Plänen nur dienlich ist. Geschürt wird dieses verhaltene politische Feuer noch durch Einrichtung sogenannter „ostdeutscher Wochen“, wie sie in den Empfehlungen der Kultusminister zur Ostkunde vom 13. Dezember 1956 gewünscht werden.

Für eine solche Unterrichtsgestaltung werden entsprechende Lehrmittel und Filme usw. empfohlen, wie:

„Königsberg“
„Masuren, Land der tausend Seen“
„Der 17. Juni“
„Das war Danzig“
„Schlesierland — deutsches Land“
„Flüchtlinge in Niedersachsen“
„Ostdeutschland heute“
und andere.

Mit sogenannten Unterrichtshilfen für den Lehrer wird der revanchistische und chauvinistische Geist in die Schulen getragen. Im Märzheft 1958 der „Bayrischen Schule“ werden Feldzugspläne und Schlachtskizzen des Hitlerkrieges in den Mittelpunkt gestellt, und der Verlauf des 2. Weltkrieges, besonders Stalingrad, wird „als Krise des militaristischen Gehorsams“ behandelt. Es schließt sich eine „ethische Auswertung an, in der es heißt:

„Die gewaltige Leistung und das namenlose Leid des deutschen Soldaten — Kameradschaft — Disziplin.“

Selbstverständlich gibt es genügend Schriften, Literatur, Karten usw., die diesen verbrecherischen Zielen dienen sollen. Es seien nur einige genannt:

Helmut Nießel: „Leitsätze der deutschen Ostkunde in der musischen Erziehung“ (in: „West-ostdeutsche Blätter für Erziehung und Unterricht“)

Alois Beymann: „Liederbuch der Egerländer“ (Verlag Geislingen)

Wilhelm Scholz: „Der Blumentopf — Lieder aus Ostpreußen“ (Voggenreiter Verlag)

Hermann Wagner: „Unverlierbare Heimat“ (Voggenreiter Verlag)

„Ostbrief“, Monatsschrift der ostdeutschen Akademie, herausgegeben von Prof. Dr. H. Boehm, Lüneburg

„Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung“ (Verlag Velhagen & Klasing, Bielefeld)

Karten:

- „Der deutsche Osten und Europa. Ein Bildkartenwerk“
- „Deutsche Heimat im Osten“ (Westermann-Verlag)
- „Der Deutsche Ritterorden“
- „Siedler stürmen ins Preußenland“ usw.

Wenn man diese Materialien betrachtet, so könnte man meinen, es hätte gar keinen 2. Weltkrieg gegeben. Die verbrecherischen Überfälle Hitlers auf Polen, die Sowjetunion werden totgeschwiegen oder entstellt. Diese Situation wird reichlich ausgenutzt, um die revanchistische und aggressive Politik der Bonner NATO-Strategen in die Schulen zu tragen. Die alten Nazis in Regierung und Bundeswehr, im Justizapparat und in der Verwaltung erhalten wieder Oberwasser, und die Einflüsse des klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaates machen sich auch im westdeutschen Schulwesen immer mehr bemerkbar.

Weitere Einflüsse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf die Jugend in Westdeutschland und ihre Auswirkungen

Die von Bonner Stellen gelenkte chauvinistische und militaristische Beeinflussung der westdeutschen Menschen erstreckt sich aber nicht nur auf die Schule, sondern wirkt sich auf allen Gebieten des politischen und kulturellen Lebens aus. Besonders die Jugend, die keine persönliche Erfahrungen in der Hitler-Zeit sammeln konnte, unterliegt den Einflüssen der Literatur, der Presse, des Films, des Funks und Fernsehens, besonderer Vorträge usw. sehr stark.

Es soll hier auf Beispiele verzichtet werden, wie Zeitungen und Zeitschriften die geschichtlichen Wahrheiten verfälschen und verheimlichen. Täglich wird Westdeutschland von solchen Artikeln überflutet, die im Auftrag der Imperialisten gegen das sozialistische Lager hetzen und chauvinistische Ideen verherrlichen. Auch auf dem Büchermarkt findet man reichlich Material aus „vergangenen Zeiten“ oder Schriften, deren Erzeuger die Lebensraumtheorie, den Rassenhaß und andere gefährliche politische Tendenzen in das Volk hineintragen. Allein 8 Verlagsgesellschaften und 8 Buchgemeinschaften verbreiten faschistisches und militaristisches Schrifttum. Nach Angaben der Monatszeitschrift „Junge Wirtschaft“, Köln, erscheinen in der Bundesrepublik 40 bis 50 rechtsradikale, das heißt offen faschistische Zeitungen und Zeitschriften. Die Kriegs-Groschenromane werden in einer Auflage von 10 bis 15 Millionen auf den Markt geworfen. Die Gesamtauflage aller militärischen Reihen, wie „Der Landser“, „Fliegergeschichten“, „SOS-Hefte“ usw., beträgt 80 Millionen. Der Hamburger Verleger Gerhard

Schulz bietet in seinem Antiquariat die 1938 von der Obersten SA-Führung herausgegebene „Geschichte der SA“ und den „Weg zum neuen Deutschland“ (1933 erschienen) an. Das Antiquariat Eichepp, Frankfurt/Main, führt in seinem Bücherangebot an: Joseph Goebbels: „Wetterleuchten“; Robert Ley: „Deutschland ist schöner geworden“; Rosenberg: „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ usw. Titel wie „Die farbige Gefahr“, „Rasse und Volkstum“, „Grundzüge der Rassenhygiene“ tragen ein übriges dazu bei, die Gehirne der Menschen wieder mit faschistischem Gift zu verseuchen. Es seien nur einige Sätze aus Haussers „Waffen-SS im Einsatz“ zitiert, wo der Krieg wie folgt bagatellisiert und verherrlicht wird:

„Der Krieg ist ein schönes Abenteuer, das Zerstören und der Anblick des Zerstörens bereiten Freude... Der Krieg ist die große Bewährungsprobe des wahrhaften Mannes... Nach Ursprung, Sinn und Ausgang und Folgen zu fragen, ist unnötig...“

Solche Töne passen sehr gut zu den „ethischen Auswertungen“, die den Volksschullehrern für den Geschichtsunterricht am Beispiel der Schlacht von Stalingrad gegeben werden:

„Hitler unterschätzte den Gegner. Dies und sein Größenwahn mußten trotz gewaltiger Leistungen der deutschen Wehrmacht zum Untergang führen!“

„Befehlsverweigerung darf niemals zum Deckmantel für Feigheit und Unvermögen werden.“

„Mit solchen Methoden wird die deutsche Jugend reif für die Bundeswehr und für den „Feldzug gen Osten“ gemacht.

Sogenannte „Filmstarklubs“ — deren es in Westdeutschland etwa 800 gibt — und ähnliche Einrichtungen wenden sich an die triebhaften Kräfte bei der Jugend und überschütten die 14- bis 19jährigen jungen Menschen mit erotischer Schundliteratur. In einem Machwerk des Schriftstellers Rolf Italiaander, das sich „Teenager“ nennt, wird den träumerischen Jugendlichen eingeredet, daß seine „gertenschlanken“ Formen, sein „geschminktes Mäulchen“, seine „Erotik“ der Inbegriff dessen seien, was eigentlich erstrebenswert sei.

Allein die Titel der für die Jugend freigegebenen Filme sprechen für sich. Es seien nur einige genannt:

„Der eiserne Unterrock“	freigegeben ab 12 Jahre
„Messer an der Kehle“	freigegeben ab 12 Jahre
„Urlaubsschein nach Paris“	freigegeben ab 12 Jahre
„Der Sarg kam per Post“	freigegeben ab 16 Jahre
„Fuzzis Kampf ohne Gnade“	freigegeben ab 6 Jahre
„Dem Henker ausgeliefert“	freigegeben ab 12 Jahre
„Der Mann ohne Nerven“	freigegeben ab 16 Jahre

„Die Sklavenkarawane“	freigegeben ab 6 Jahre
„Flintenweiber“	freigegeben ab 16 Jahre
„Meine 99 Bräute“	freigegeben ab 16 Jahre
„Der Tod reitet mit“	freigegeben ab 12 Jahre

Jedes Mittel ist recht, die Jugend zu verderben und für die Ziele der revanchelüsteren Kriegstreiber bereitzumachen.

Auch in den westdeutschen Volkshochschulen findet man immer mehr Themen, die den Haß gegen die Deutsche Demokratische Republik entwickeln helfen, indem falsche Argumente und lügnerische Behauptungen verbreitet werden. Außerdem wurde im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit der Bundeswehr verstärkt, so daß in gemeinsamen Veranstaltungen Themen wie „Europas Antwort auf kommunistische Drohungen“, „Der Mensch hinter dem eisernen Vorhang“, „War Hitler ein Feldherr“ usw., die helfen sollen, den Soldaten der Bundeswehr richtig „auszurichten“, keine Seltenheit sind.

Alle diese Erscheinungen sind systematisch gelenkt und tragen in Verbindung mit der Erziehung und Bildung der Jugend in den Schulen dazu bei, die selbständige politische Urteilskraft der Jugend zu schwächen und sie in die Arme der NATO-Strategen und Kriegshetzer zu treiben.

Unterstützt wird diese Entwicklung dadurch, daß im westdeutschen Schulwesen aktive Nazis in führenden Positionen eingesetzt sind. Zum Beispiel bestimmen im Kultusministerium Schleswig-Holstein folgende Personen die Linie:

Ministerialdirektor Krebs, heute Amtschef, seit 1933 Mitglied der NSDAP

Ministerialrat Dr. Grothusen, jetzt Personalabteilung, seit 1933 Mitglied der NSDAP

Oberregierungsrat Weggemann, Leiter der Abt. Volks- und Mittelschulen, früher Mitglied der NSDAP und SS

Regierungsdirektor Niemann, Leiter der Abt. Berufsschulen, früher bei der Gestapo

Aktive Nazis sind heute wieder als Schulleiter tätig, und an der Pädagogischen Hochschule Flensburg doziert Prof. Dr. Dr. Wilhelm, der in der Nazizeit als Schriftleiter „Wesenszüge der nationalsozialistischen Erziehung“ und andere Schriften herausgegeben hat. Solche Personen, die enge Bindungen zu der hitlerischen Naziideologie hatten, bestimmen heute zu Hunderten die westdeutsche Schulpolitik. Was Wunder, wenn das zur fortschreitenden Faschisierung beiträgt!

Alle Maßnahmen, die sich den Zielen der Imperialisten und Faschisten unterordnen, werden unter der Phrase der sogenannten „westlichen Freiheit“ durchgeführt. Mit den Lügen über die wahren geschichtlichen Hintergründe des

2. Weltkrieges, mit der Zerschlagung eines einheitlichen Schulsystems, mit dem Auswahlprinzip einer „bevorrechtigten Elite“ für die höheren Schulen wird die westdeutsche Schule systematisch in das gesamte NATO-Programm eingereiht. Bezeichnend sind dann solche Äußerungen, wie sie der Kultusminister von Schleswig-Holstein, Edo Osterloh, CDU, am 23. Mai 1958 anlässlich des Delegiertentages des Deutschen Lehrerbundes in Kiel tat:

„Wer die Möglichkeit hat, mit Atomwaffen den Terror gegen Freiheit und Menschenwürde abzuwenden, und überhaupt keinen anderen Weg gehen kann, wird ethisch versagt haben, wenn er sich weigert, dieses Instrument zum Schutze des Menschen einzusetzen.“

Diese „geistigen“ Atombomben des kalten Krieges führen aber zum endgültigen Bankrott des westdeutschen Schulwesens. Viele westdeutsche Lehrer, die noch einige nationale Würde und Verantwortung besitzen, kommen so in Konflikt mit den offiziellen Stellen des Bonner Staates. Die Schulentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik ist dabei für viele westdeutsche Lehrer und Jugendliche das Beispiel für den Ausweg aus dieser Sackgasse.

Der Widerstand gegen die Entwicklung des westdeutschen Schulwesens

Es gibt eine Reihe Bestrebungen und Versuche westdeutscher Pädagogen, die in der Erkenntnis der Ausweglosigkeit versuchen, irgendwie aus der faschistischen Umklammerung freizukommen. Aber immer wieder werden alle diese guten Gedanken mit allen Mitteln durch andere Vorschläge von offizieller Bonner Seite oder auch mit Gewalt wieder zugunsten der kapitalistischen Gesellschaft zerschlagen.

Der Kongreß der Lehrer und Erzieher Pfingsten 1958 in München, auf dem 100 000 westdeutsche Lehrer von 455 stimmberechtigten Delegierten vertreten wurden, übte zwar an manchen Stellen Kritik am Schul- und Bildungswesen der Bundesrepublik, brachte jedoch kein Programm zur Überwindung der Rückständigkeit des Schul- und Bildungswesens Westdeutschlands. Es blieb bei einem Manifest, das z. B. folgende Feststellungen enthält:

„1. Die Menschheit durchlebt eine stürmische Epoche ... Amerika und Sowjetrußland sind zu gewaltigen Machtzentren emporgewachsen. Die alten Kulturen Asiens verbünden sich mit der modernen Technik. Die ‚farbige Welt‘ ist von einer tiefen Gärung erfaßt. Die Bevölkerung der Erde wächst Jahr für Jahr um 38 Millionen. China zählt in wenigen Jahrzehnten eine Milliarde Bewohner. Gewaltige Kräfte sind am Werk, die Geschichte der Welt zu verschieben.“

Eine neue Weltordnung ist zu gründen.
Friede und Freiheit sind zu bewahren und zu sichern.
Menschenwürdige Lebensbedingungen sind in allen Erdteilen zu schaffen.

2. Der Erfindergeist feiert hohe Triumphe

Der Mensch hat sich der Energien der Elemente bemächtigt. Er stellt künstliche Stoffe her...

Wissenschaft und Technik haben tiefgreifende Veränderungsprozesse eingeleitet.

Den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen kommt revolutionärer Charakter zu...

... Zum erstmalig in der Geschichte der Menschheit leuchtet die Möglichkeit auf, dem Zwang harter Fronarbeit zu entrinnen. Zum erstmalig liegt es in unserer Hand, Not und Armut auszulösen, Wohlstand zu verbürgen, erhöhte Bildungsmöglichkeiten allen sozialen Schichten anzubieten..."

Diese schönen Worte enden mit der Feststellung:

„Wollen wir uns in dem welthistorischen Wandlungsprozeß behaupten,

dann genügt es nicht, das Bestehende zu bewahren und zu verwalten.

Gebietarisch fordert die Stunde:

Erkennt den Ernst der Verantwortung!

Seid bereit, das Opfer zu bringen, wie es die Größe der Aufgabe erfordert!

Erziehung entscheidet unser Schicksal!

Findet den Mut zur Tat!“

Ein Arbeitsauftrag des Kongresses an den Vorstand und eine Reihe gefaßter „Entschlüsse“ zu aktuellen Fragen“, wie „Ein Wort deutscher Erzieher zur Wiederaufrüstung“, Stellungnahme zum Appell der 18 Atomwissenschaftler und „Erneuter Protest gegen Atom-Mißbrauch“ sind wohlgemeinte Bemühungen, ändern aber nichts an der politischen und schulpolitischen Situation.

Auch ein Kreis von Unternehmern hatte bereits im März 1957 in einer Tagung in Ettlingen Forderungen erhoben, die sich aber einseitig auf die Heranbildung des benötigten qualifizierten Nachwuchses für die Industrie erstreckten. Mit den „Ettlinger Forderungen“ nach mehr Lehrern, dem 9. Schuljahr, einer Fremdsprache ab 5. Schuljahr, Schaffung von Aufbauzügen und -klassen, Differenzierung der höheren Schulen usw. nähern sich die Industriellen dem „Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens“, den der (west-) Deutsche Ausschuß für Erziehungs- und Bildungswesen als umfassenden Reformentwurf vorgelegt hat.

Dieses Programm, das vom Deutschen Gewerkschaftsbund in einer Entschluß vom 17. Oktober 1959 unterstützt wird, ist die Arbeit von Schulmännern, die dem Imperialismus

ganz ergeben sind. Das ist auch kein Wunder, wenn man weiß, daß z. B. Weninger und Bonenkamp nicht nur Mitglieder des Ausschusses sind, sondern zugleich in der „inneren Führung“ des Bonner Kriegsministeriums arbeiten. Das läßt an einer nennenswerten „Unabhängigkeit“ der Verfasser zweifeln. Dieser Rahmenplan geht an den Anliegen der Großkapitalisten nicht vorbei und soll nur ein Pflasterchen auf die Erregung fortschrittlicher pädagogischer Kreise über den Niedergang des westdeutschen Schulwesens sein. Im wesentlichen geht dieser „Rahmenplan“ an den inhaltlichen Fragen des westdeutschen Schulwesens vorbei, und wo es doch notwendig ist, etwas auszusagen, ist er alles andere als ein Fortschritt. Von den Naturwissenschaften, deren Bedeutung man nicht leugnen kann, heißt es, daß sie „innerhalb der ihnen gesteckten Grenzen“ bleiben müßten und daß „ihre materialistischen Verflachungen“ vermieden werden sollten. Die eigentliche Polemik kommt bei der Behandlung der Naturlehre in der Hauptschule zum Vorschein: Die Volksschüler soll man nur lehren, „was in elementarer Weise sich naturwissenschaftlicher Erkenntnisart nähern“ könne. Hier zeigt sich die Furcht der Verfasser vor einer vollwertigen wissenschaftlichen Bildung der Jugend. Auch die Form der Schulorganisation soll kaum reformiert werden. Der Plan zeigt, daß an der Dreigliedrigkeit des Bildungswesens festgehalten wird, gestützt auf die „Lehre“ von den „drei Begabungen“. Es sind lediglich einige Verbesserungswünsche der Großindustriellen enthalten, die eine beschränkt „bessere Ausbildung der Lohnarbeiter“, aber auch bessere Möglichkeiten der Ausbildung der „Elite“, also der Kinder aus bevorrechtigten Schichten, vorsehen.

Selbst wenn man einige fortschrittliche Vorschläge im Rahmenplan, wie die Einführung eines 9. Schuljahres, durchsetzen könnte, was noch heftige Kämpfe der westdeutschen Lehrerschaft erfordert, so bleibt doch das ganze Projekt ohne Bedeutung für die inhaltliche Veränderung, denn vom Inhalt schweigt der Rahmenplan. So bleiben also die Ziele der NATO-Strategen bei der Einbeziehung der Schule in ihre Interessen bestehen, und der Kampf zahlreicher westdeutscher Lehrer um die Veränderung der Situation ist von der gesellschaftlichen Seite her von vornherein zur formalen Angelegenheit degradiert.

Auch der vom Parteirat der SPD vorgelegte Plan „Z“ — „Die Zukunft meistern“ geht über Vorschläge für organisatorische und technische Probleme des westdeutschen Schulwesens nicht hinaus. Der Plan „Z“ der SPD ist nur eine Täuschung der werktätigen Massen, ebenso wie es der „Deutschlandplan“ war. In dem Plan „Z“ ist die politische Konzeption der „demokratischen Sozialisten“ die Theorie von der Harmonie der Klassen, von der Erziehung als Allheilmittel, der Einführung von drei Bildungswegen auf der Position des

Anti-Kommunismus. Damit unterstützt dieser Plan die Forderungen der Monopole und der westdeutschen Industrie, ohne den Kindern der Arbeiter und Werktätigen wesentliche Vorteile zu verschaffen.

Alle diese geschilderten Dokumente und andere Maßnahmen erwachsen zwar aus den alarmierenden Tatsachen über den Verfall des westdeutschen Schulwesens und sind Brosamen zur Beruhigung von Pädagogen und Eltern, ändern aber nichts daran, daß die westdeutsche Schule das Instrument der herrschenden Klasse bleibt und die Jugend nicht aus der heraufziehenden Gefahr der Faschisierung herausführt, sie im Gegenteil immer mehr in die Arme jener Veräter des deutschen Volkes treibt.

Die Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik, das Vorbild für ein demokratisches Schulwesen in ganz Deutschland

Wenn wir die Entwicklung des Schulwesens in Westdeutschland und den verwerflichen Einfluß imperialistischer und faschistischer Kreise betrachtet haben, so wird uns klar, daß die Deutsche Demokratische Republik bei der Gestaltung ihres Schulwesens eine zweifache Bedeutung hat. Einmal wird das hier geschaffene schulische Beispiel große Anziehungskraft auf die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland im Kampf gegen reaktionäre Auffassungen haben, zum anderen wird in einem Teil Deutschlands die Zukunft der Jugend mit klaren, friedlichen, humanistischen Prinzipien und Aussichten auf ein gerechtes, schönes Leben gestaltet.

Wie sich in unserem Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, die gesamte Entwicklung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens vollzog, so war durch die Entmachtung des Monopolkapitals und der Junker von vornherein auch im Schulwesen ausgeschlossen, daß der Militarismus eine Rolle spielte. Die Macht der Arbeiter und Bauern hat nur das eine Interesse, den Werktätigen eine höchstmögliche Bildung und Erziehung zu vermitteln, um sie zu befähigen, ihre demokratischen Rechte beim Aufbau einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung wahrnehmen zu können. Alle Bestrebungen in der schulischen Entwicklung sind darauf gerichtet, die Jugend für das Leben im Sozialismus, ein Leben in Glück, Frieden und Wohlstand, vorzubereiten, und die vornehmste Aufgabe ist es, die Kinder „im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und in echter Demokratie zu wahrer Humanität zu erziehen“ (Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule). Auf Grund von Vorschlägen des 4. Plenums der Sozialisti-

schen Einheitspartei Deutschlands wurde nach Diskussion in 70 000 Versammlungen mit 2,5 Millionen Teilnehmern am 2. Dezember 1959 von der Volkskammer das Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik angenommen.

In Erkenntnis der Entwicklung der Menschheit, der Produktionsweise und der Technik ist im Schulgesetz vorgesehen:

- § 1 Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder in der DDR ist die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule... Für diese Schule besteht allgemeine Schulpflicht.
- § 2 Die schulische Erziehung und Bildung der Jugend ist ausschließlich Angelegenheit des Staates. Es besteht Schulgeldfreiheit.
- § 3 Bildung und Erziehung in der sozialistischen Schule sind eng mit der produktiven Arbeit und der Praxis des sozialistischen Aufbaues zu verbinden. Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und entwickelt all ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle des Volkes und der Nation.

Die Schule hat dafür zu sorgen, daß alle Schüler das Bildungs- und Erziehungsziel der sozialistischen Schule erreichen...

Die Schule auf dem Lande hat die besondere Aufgabe, junge Menschen heranzubilden, die an der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes und damit an der allmählichen Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land aktiv teilnehmen können...

Schon diese Auszüge aus dem Schulgesetz zeigen, daß die kühnsten Träume aller fortschrittlichen Pädagogen in Deutschland jetzt realisiert werden. Nachdem das Bildungsprivileg der großbürgerlichen Schichten bereits nach dem 2. Weltkrieg in dem einen Teil Deutschlands gebrochen wurde, ist es jetzt die Aufgabe, alle Jugendlichen auf eine noch höhere Bildungsstufe zu führen. Die obligatorische zehnjährige Schulzeit und die Verbindung mit dem Leben brachten alle Möglichkeiten, Menschen heranzubilden, die sich zu Beherrschern der Technik, ausgestattet mit einem hohen kulturellen Niveau und körperlicher Tüchtigkeit, zum Wohle des Volkes entwickeln. Die allseitige Bildung und Erziehung wird den Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit immer mehr verringern und schließlich überwinden.

Selbstverständlich ist ein solches Programm nur mit größter Unterstützung der Regierung möglich. Unterhaltsbeihilfen, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, die ständige Verbesserung

der Lebenslage der Bevölkerung tragen dazu bei, allen Jugendlichen den Weg für eine höchste Bildung zu ebnen. Die friedliche Politik der Regierung der DDR gestattet es, der Entwicklung des Volkswirtschaftswesens große materielle Unterstützung zukommen zu lassen, während in Westdeutschland durch erhöhte Rüstungsausgaben diese Mittel immer mehr verringert werden.

Im Siebenjahrplan der DDR heißt es:

„Für das System der Volksbildung einschließlich Kindergärten und Kinderhorte, Jugend und Sport stehen im Siebenjahrplan rund 1 150 Millionen DM Investitionsmittel und für Hauptinstandsetzungen und Beschaffungen rund 785 Millionen DM Haushaltsmittel zur Verfügung.

Im Zeitraum des Siebenjahrplanes sind über 80 000 Lehrer und Erzieher für die allgemeinbildenden Schulen und andere Einrichtungen auszubilden...“

So sind alle materiellen Voraussetzungen zur Entwicklung eines einheitlichen, fortschrittlichen Volkswirtschaftswesens gesichert. Die werktätigen Eltern sind durch die Verbesserung und Erweiterung der außerschulischen Betreuung der Schüler, besonders in den Horten, der Sorge um ihre Kinder enthoben.

Für die Weiterentwicklung der Jugendlichen stehen viele Wege offen. Über eine qualifizierte Berufsausbildung, die ebenfalls eine enge Verbindung von Theorie und Praxis herstellt, ist die Aufnahme eines Fachschulstudiums möglich. Spezielle Berufsschulklassen ermöglichen dem Jugendlichen den gleichzeitigen Erwerb einer Berufsausbildung und des Abiturs und eröffnen ihm den Weg zur Hochschule. Die Befähigung für die Aufnahme an einer Hochschule kann außerdem erworben werden durch:

- a) die 12klassige erweiterte Oberschule (mit Abitur),
- b) durch Besuch der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten,
- c) durch Besuch einer Abendoberschule (mit Abschluß Abitur),
- d) durch Lehrgänge zur Vorbereitung auf eine Sonderreifeprüfung.

Daß diese Möglichkeiten in reichem Maße genutzt werden, zeigen die ansteigenden Zahlen der Studenten und Fachschüler. Auf diese Weise ist in der DDR der qualifizierte Nachwuchs an allseitig gebildeten Facharbeitern, Technikern, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden von allen Seiten her gesichert, wobei noch zu bemerken ist, daß der Anteil der Kinder von Arbeitern und Bauern dem Bevölkerungsanteil entspricht und damit allen Schichten der Bevölkerung in ihrer Entwicklung Rechnung getragen wird.

Auch vom Inhalt her ist die Vorbereitung der Jugend auf eine friedliche Arbeit im Aufbau der neuen Gesellschaft und Wirtschaft gesichert. Die Verbindung der Theorie und der Praxis

eines friedlichen, arbeitsamen Lebens läßt alle Schüler frühzeitig die Produktion lebenswichtiger Güter erleben und verstehen, die Zusammenhänge zwischen dem theoretischen Wissen und der späteren Berufspraxis erkennen und entwickelt Fertigkeiten und Fähigkeiten für das spätere Leben. Die Jugend der DDR wird nicht wie die in Westdeutschland mit revanchistischen und chauvinistischen Ideen vertraut gemacht, sondern das vermittelte Wissen um das Leben und die kulturellen Traditionen des eigenen Volkes und anderer Völker ermöglicht ihr, den eigenen Standpunkt aus der Sicht der geschichtlichen Entwicklung und im Blick für die friedliche Zukunft zu erkennen. Alle Fächer werden nach dem neuen Lehrplanwerk, zu dessen Erarbeitung 5 000 Vorschläge eingereicht wurden, auf wissenschaftlicher Grundlage, eng mit dem Leben verbunden, unterrichtet. Die Themengestaltung läßt vom 1. Schuljahr an menschenfeindlichen Theorien keinen Raum, sondern zeigt das wahrhaftige Leben unserer Jugend.

Der Unterrichtstag in der Produktion — als ein Fach im neuen Lehrplan — vermittelt allen Schülern ab 7. Schuljahr Einblick in die Gebiete der Metallbearbeitung, der Elektrotechnik, der Landwirtschaft und der Maschinenkunde.

Für die sorbischen Minderheiten im Gebiet der DDR sieht das Schulgesetz besondere Oberschulen und Einrichtungen der Vorschulerziehung mit sorbischem Sprachunterricht vor.

So ist das neue Schulgesetz in der DDR die Grundlage für die Weiterentwicklung des Volkswirtschaftswesens auf allen Gebieten und erweckt das Interesse auch aller fortschrittlichen Kreise in Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern, ganz abgesehen davon, daß eine enge Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten, besonders der Sowjetunion, besteht. Die großbürgerliche britische Zeitung „The Times“ schrieb dazu in einer Beilage für Erziehungsfragen in einem Korrespondentenbericht aus Berlin, der eine volle Seite einnahm:

„Es ist ein Erziehungsexperiment, das in einer technischen Welt mit Interesse verfolgt werden muß.“

Inzwischen hat sich aber auch in den kapitalistischen Staaten die Erkenntnis gefestigt, daß es sich hier nicht um ein Experiment handelt, sondern der hohe Stand des Bildungs- und Erziehungswesens in der DDR zeigt den Weg in die Zukunft und macht es zum Vorbild für Gesamtdeutschland. Es ist ein friedliches Mittel im Kampf gegen Militarismus und Faschismus und gibt der Jugend eine glückliche Perspektive. Der englische Wissenschaftler Bernal stellte fest, daß die Ausgaben aller Länder für Krieg und Kriegsvorbereitungen von 1914 bis 1954 etwa 2½ Milliarden Dollar betragen und fünfmal so hoch waren wie das gesamte Nationaleinkommen von 70 Ländern im Jahr 1949. Die NATO-Länder gaben in

den letzten Jahren 550 Milliarden Dollar für Rüstung aus, und für einen Soldaten bei insgesamt 20 Millionen Menschen in den Streitkräften arbeiten je vier bis fünf Personen.

Bei dieser Betrachtung wird uns deutlich, welche große Bedeutung der Beschluß der Sowjetregierung hat, 1 200 000 Mann aus ihren Streitkräften zu entlassen und ein Vorbild für die allgemeine Abrüstung zu geben, die sie vor der UNO vorgeschlagen hat. Alle diese Menschen und besonders die Jugend haben in den sozialistischen Staaten die Möglichkeit, entsprechend ihren Fähigkeiten am Aufbau einer besseren Welt mitzuarbeiten zum Wohle aller Menschen. Auch die Entwicklung des Bildungs- und Erziehungswesens in der Deutschen Demokratischen Republik liefert dabei einen nicht unwesentlichen Beitrag, der an der Grenze zwischen Krieg und Frieden entscheidende Bedeutung für die Perspektive Deutschlands und der Menschheit hat. Es soll und muß eine friedliche Zukunft sein.

Quellenmaterial:

„Pädagogik“ Nr. 7/59 — Horst Krahn: Ein Schulreformplan voller Hintergründigkeiten und Widersprüche (Volk und Wissen Verlag)

„Pädagogik“ Nr. 9/59 — Horst Krahn: Die Entwicklung unserer Schule in Zahlen (Volk und Wissen Verlag)

„Pädagogik“ Nr. 3/59 — Gottfried Uhlig: Schulpolitik der Monopole (Volk und Wissen Verlag)

„Deutsche Lehrerzeitung“:

9/59 — Walther Dreher, Dresden: Das Dilemma der bürgerlichen Pädagogik

8/56 — Dr. W. Reischock, Berlin: In der Sackgasse

19/59 — H. Becker u. M. G. Hofmann: Westzonale Schulpolitik im Dienste der NATO

„Schule und Nation“, Verlag Schule und Nation, Schwelm

„Der Volkslehrer“ Nr. 2/59: Der Untertan als Diplomat (herausgegeben vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, Berlin W 8)

„Die Tat entscheidet unser Schicksal“

Materialien des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts Berlin Fritz Lang, Leipzig: Die demokratische Schulreform

Das Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR vom 2. Dezember 1959

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- * 1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- * 4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- * 5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- 13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbsozialistischen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- 14 Günter Wirth / Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Parteileitung vergriffen.

- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leopoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- 21 10 Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 10 Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 25 Prof. Dr. Rudolf Řičan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- 30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden

Verkaufspreis 0,50 DM